

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 63

Bad Schandau, Mittwoch, den 30. April 1919

63. Jahrgang

Zur Behebung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß als Lungenentzündung im Sinne von § 51 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) in Verbindung mit § 198 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats vom 7. Dezember 1911 (RGBl. 1912 S. 3) jede künstliche Einverleibung von Stoffen in den Rinderkörper anzusehen ist, die lebende Erreger der Lungenentzündung enthalten können.

Hiernach darf eine Uebertragung von primärer oder sekundärer Lungenentzündung, von Kulturen des Erregers der Lungenentzündung, von Blut, Blutserum oder anderen Gewebssäften lungenentzündeter oder der Seuche verdächtiger Rinder auf gesunde Rinder nur auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums und nur unter Beobachtung der von ihm bezeichneten Schutzmaßnahmen erfolgen.

Dresden, den 26. April 1919.

246 a VV
4626

Wirtschaftsministerium.

Die Stadt-Sparkasse Schandau verzinst Einlagen täglich mit $3\frac{1}{2}$ Prozent. Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Volksküche.

Am 1. Mai ist die **Volksküche geschlossen**. Die Belieferung vom 1. 5. bis 3. 5. erfolgt je einen Wochentag später.
Markenausgabe:

Freitag, den 2. Mai:

Häuser Nr. 1—150 vormittags 10—12 Uhr,
" " 151—264 nachmittags 2—4 "

im **Wachlokal des Rathhauses**. 6 Speisemarken 180 Pfg., 2 Fleischmarken und 4 Abschnitte der Gasthauskartoffelmarken oder 170 Pfg., 2 Fleischmarken und 1 Pfund Speisekartoffeln. Neu hinzutretende Teilnehmer haben außerdem einen Abschnitt der Nahrungsmittelkarte abzugeben.

Belieferung:

Nr.	201	202	203	204	205	206
am	6. 5.	8. 5.	10. 5.	13. 5.	15. 5.	17. 5.
Nr.	211	212	213	214	215	216
am	7. 5.	9. 5.	12. 5.	14. 5.	16. 5.	19. 5.

von $\frac{1}{2}$ 12— $\frac{1}{4}$ 1 Uhr mittags.

Schandau, den 30. April 1919.

Volksküche der Stadt Schandau.

„Fertig!“

Bis auf Kiautschou sind wir fertig — so verkündet zu Beginn der letzten Aprilwoche, am Tage der Abreise der deutschen Friedensdelegierten aus Berlin, der sogenannte diplomatische Situationsbericht der Franzosen. Herr Wilson hatte ursprünglich den 8., dann den 10., dann den 17. April als äußersten Termin festgesetzt und schließlich auch noch eine allerletzte Woche zugelegt; jetzt brennt es den Franzosen auf den Nägeln und sie wollen, sie müssen es um jeden Preis schaffen, damit nicht nach den Italienern etwa noch andere Leute Paris gerade in dem Augenblick verlassen, wo der stürmisch bewegte Schlußakt des Dramas beginnen soll. Also verkünden sie laut und vernehmlich, daß der Wortlaut des Vorfriedensvertrages fertig ist, oder wenigstens so gut wie fertig; denn er wird, heißt es in einem Nachsatz weiter, heute fertiggestellt werden, und die Kiautschoufrage wird „vorausichtlich“ am Dienstag von den drei Staatsmännern so und so entschieden werden, endgültig entschieden werden. Dann bleiben noch einige militärische und maritime Bestimmungen, aber natürlich nur solche „von untergeordneter Bedeutung“, die noch nicht festgelegt sind, und über den Kaiser-Wilhelm-Kanal ist auch noch keine Einigung erzielt. Ja, wenn wir ganz aufrichtig und ganz vollständig sein wollen, harren auch noch die Augensburger Zollfragen, die Frage der Zukunft der deutschen Kabel, die Frage der deutschen Kriegsgefangenen und der deutschen Arbeiter ihrer Lösung — aber solche Kleinigkeiten brauchen den Frieden nun nicht mehr länger aufzuhalten. Freitag, spätestens Sonnabend werden wir hoffentlich den vollständigen Text der Friedensbedingungen den deutschen Delegierten überreichen können, nachdem er einen Tag zuvor in einer geheimen Vollversammlung aller 21 „allierten und assoziierten“ Mächte zur Kenntnis gebracht sein wird. Der sogenannte Weltfeiertag, der 1. Mai, wird also diesmal gerade die Scheidegränze bezeichnen zwischen der alten und der neuen Ordnung der Dinge. Wird die Welt nachher wirklich glücklicher werden, als es ihr bisher, nach dem unerforschlichen Ratsschluß der Schicksalsmächte, in deren Hände unser irdisches Los gegeben ist, beschieden war?

Wange Zweifel beschleichen unser Herz. Auch die Hoffnungsstrebenden sind still und immer stiller geworden. Was sollen sie auch dazu sagen, daß jetzt in Italien, trotz des für das Königreich unerwartet günstigen Kriegsausganges, wieder chauvinistischer Lärm die Gassen füllt wie einst im Mai, als es galt, einen jahrzehntelangen Schutz- und Trutzbund zu brechen? Wird die Unerfahrenheit der Menschen- oder wenigstens der Völkernatur wirklich mit tausend Paragraphen eines angeblichen Friedensvertrages zu duden sein? Werden die Belgier sich hinreichend entschädigt fühlen, werden die Japaner ihren Ausdehnungsdrang bändigen, werden die Engländer, wenn Irland, Ägypten, Indien in Flammen stehen, ihre Maschinengewehre in den heimischen Waffenkammern stehen lassen und den Weltfriedensgerichtshof um freundliche Entscheidung der vorhandenen — sagen wir einmal — Meinungsverschiedenheiten angehen? Aber schließlich, unsere häuslichen Sorgen drücken uns am meisten. Wird es, kann es einen Friedenszustand in und mit Deutschland geben, solange eine Viertelmillion fremder Soldaten unser Inland Rheinfest besetzt halten? Solange die deutsche Staatshoheit im Saarbecken aufgehoben ist, solange das fernere Schicksal von Elsaß-Lothringen nicht durch eine wahrhafte Volksabstimmung entschieden ist? Und wenn Danzig wirklich den Polen ausgeliefert werden sollte, mit samt dem famosen Weichselkorridor, der für uns

den Verlust von Ost- und Westpreußen bedeuten würde, glaubt auch nur ein Mensch mit vernünftigen Sinnen ernsthaft an die Möglichkeit, daß wir eine solche Regelung unserer Grenzen wie ein unabwendbares Schicksal hinnehmen würden? Die Brandfackel, die dadurch an das europäische Haus gelegt würde, müßte den Bemühungen aller internationalen Feuerwehren der Welt spotten — der Friedensvertrag wäre dann das Papier nicht wert, auf das er gedruckt werden soll. Dabei haben wir noch gar nicht einmal die Frage der Kriegsschadensabgütung berührt, die auch nicht leicht genommen werden darf, die Schuldfrage und ähnliche Dinge, die für unsere Feinde längst als entschieden gelten. Nein, entschieden ist noch gar nichts, oder wenigstens sehr wenig, wenn anders ein Friede zustande kommen soll, nicht eine Art Buchstabenordnung, um die dauernde Niederhaltung des Deutschlands zu gewährleisten.

Auch durch die kleinen Zudergaben, die Herr Clemenceau in diesem Augenblick an uns ausstrecken die Güte hat, wird an diesem Sachverhalt nicht das geringste geändert. Die schwarzen Listen werden aufgehoben — was uns vor fünf, sechs Monaten sehr angenehm gewesen wäre, bei der gegenwärtigen Zerrüttung unserer Volkswirtschaft aber kaum die damalige Bedeutung hat. Eine Sonderkommission zur Behandlung der Frage der Lebensmittel und Rohstoffe für Deutschland soll nach Versailles entsandt werden — ach, wäre sie doch vor einem halben Jahre hinübergebeten worden, wie anders sähe es jetzt wohl herzulande aus! Nein, Herr Clemenceau, Sie haben uns schon zu gründlich ruiniert, um jetzt noch durch solche Mittelchen auf unsere Stimmung — und auf unsere Bereitschaft, Ihren Friedensvertrag zu unterzeichnen, einwirken zu können. Auch wir sind fertig. Nur nicht in dem Sinne, daß wir uns zwingen lassen, jeden Vertrag zu dulden, der über unsere elementarsten Lebensrechte aramtam hinwegschreitet.

Eine halbamtliche Stimme.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Wohl niemals ist ein schwererer Gang getan worden als der, den jetzt Graf Brodorski-Rankau und seine Berater gehen müssen. Eine ungeheure Last von Verantwortung ruht auf ihren Schultern und Riesenkräfte gehören dazu, sie zu tragen. Der Zug, der unsere Delegierten nach Versailles führt, trägt Deutschlands Schicksal, und jeder Deutsche, der an dem Schicksal seines Volkes und Vaterlandes Anteil nimmt, wird ihm aus tiefstem Herzen eine glückliche Fahrt, und denen, die er trägt, eine glückliche Heimkehr wünschen.

Wir sind ein geschlagenes Volk, Deutschlands ehemals so stolze Macht ist vernichtet und auf lange hinaus werden wir unseren Feinden keine Machtmittel entgegenzusetzen haben. Aber dennoch wäre es falsch, sich heute dumpfer Ratlosigkeit und schwächlicher Verzweiflung zu überlassen. Sind wir auch geschlagen, so sind wir nicht wehrlos. Unsere Wehr ist das Recht, unsere Waffen sind die Vernunft und die echte Sittlichkeit, die allein den Frieden der Völkerveröhnung schützen können. Von diesen Waffen werden unsere Delegierten den Gebrauch machen, der unserem Volk und unserem Vaterlande frommt, und der Staatskunst des Reichsministers, Grafen v. Brodorski-Rankau wird es, wie wir fest hoffen, gelingen, aus der so unendlich schwierigen Lage, in der wir uns befinden, das Beste zu machen, das sich machen läßt.

Opfer werden wir bringen müssen, schwere Opfer, damit müssen wir rechnen, und damit müssen wir uns abfinden. Graf Brodorski aber und seine Mitarbeiter werden dafür sorgen, daß die Opfer, die wir zu bringen haben werden, unsere politischen, unsere wirtschaftliche und

unsere nationale Lebensfähigkeit nicht beeinträchtigen, und wenn unsere Opfer dazu dienen, dem deutschen Volk einen Frieden zu sichern, unter dessen Schutz es wieder erstarren kann, und der Welt einen Frieden, der ein wahrer Frieden der Versöhnung ist, so werden sie nicht vergeblich gebracht sein.

Keine Unterhandlungen mit München.

Ein Aufruf der bayerischen Regierung. Die Regierung Hoffmann hat einen längeren Aufruf an das bayerische Volk veröffentlicht, in dem sie darauf hinweist, daß die Not Münchens schnelle Hilfe erheische und daß deshalb das Eingreifen der Reichstruppen (Würtemberger und Preußen) notwendig geworden sei, da mit der Aufstellung reinbayerischer Verbände zu viel Zeit verloren ginge. Am Dienstag haben die eigentlichen Operationen gegen München begonnen, indem die Truppen die Donau überschritten und sich in der Linie Bamberg—München in Marsch setzten.

Was die Regierung verlangt.

Die Gerüchte, daß die Regierung Hoffmann mit den Münchener Kommunisten verhandelt habe, sind unzutreffend. Die Regierung ist nicht gewillt, die Kommunisten als kriegsführende Partei anzuerkennen. Sie verlangt vielmehr bedingungslose Übergabe und Auslieferung sämtlicher Rebellenführer.

Für die Lage der spartakistischen Truppe ist bezeichnend, daß die „Freiheit“ am Schluß eines längeren Artikels erklärt, es sei natürlich nicht daran zu denken, daß die Münchener Truppen einem konzentrischen Angriff längere Zeit standhalten könnten.

Kroftlose Finanzverhältnisse der Räterepublik.

Nach Bamberger Berichten sind die Finanzverhältnisse der Räteregierung in München völlig trostlos. Um dem in den Staatsbanken und Banken herrschenden Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen, ist die Verfügung ergangen, daß sämtliche Tageseinnahmen der großen Betriebe, wie Fabriken, Kaufhäuser, Theater, Kinos, Cafés und Wirtschaften täglich durch die Betriebsräte im Beisein der Besitzer bei den Banken einzuzahlen sind. Außerdem sind sämtliche Wohnungs- und Pachtzinsen vom 1. bis 10. Mai auf das Konto einer Bank einzuzahlen. Vorauszahlung von Gehältern ist strengstens verboten. Die Betriebe sind genötigt, infolge Kohlenmangels die weitere Erzeugung einzustellen. Dadurch werden wieder 10 000 Arbeiter brotlos.

Waffenabgabe in Nürnberg.

Die Waffenabgabe in Nürnberg hat sich ohne Störung vollzogen. Die Regierung hat eine strenge Verordnung hinsichtlich der Presse erlassen, die alle Äußerungen, die gegen die öffentliche Sicherheit verstößen, mit dem Verbot bedroht. Mehrere Blätter, darunter die Rote Fahne, sind bis auf weiteres verboten. — Zahlreiche Bauernverbände und gewerbliche Vereinigungen haben der Regierung Hoffmann das Vertrauen ausgesprochen.

Spartakistenpuffische in Oberschlesien.

Polnische Umtriebe und Generalstreikbege. In den letzten Tagen hat sich die Lage in Oberschlesien infolge der unermüdbaren Putscharbeit und der Drohungen der Spartakisten wieder stark verschlechtert. Im Industriegebiet brachen wieder an verschiedenen Orten Streiks aus. Die Streikforderungen sind größtenteils politisch. Polnische und spartakistische Forderungen